

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer



Tageblatt

**Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten**  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptvollamts zu Bauhen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

**Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten**  
Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage  
Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22

**Erscheinungsweise:** Jeden Werktag abends für den folgenden Tag.  
**Bezugspreis für Dezember:** Durch die Post oder durch unsere Boten ins Haus zugestellt Mark 300.—, bei Abholung in der Geschäftsstelle Mark 250.—, durch die Stadtboten Mark 270.—. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfach-Konto:** Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vierterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Anzeigenpreis:** Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 30.— Mk., Offertengebühr 10.— Mk. Im Reklameteil (Zm. Maße 14) 60.— Mk. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 60.— Mk. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 294.

Dienstag, den 19. Dezember 1922.

77. Jahrgang.

## Tageschau.

\* Der polnische Staatspräsident Narutowicz ist am Sonnabend bei Eröffnung der Warschauer Kunstausstellung von einem nationalistischen Künstler erschossen worden. Über das Land ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Sämtliche in Toulon noch zurückgebliebenen deutschen Kriegsgefangenen sind begnadigt worden. Sie werden noch vor Weihnachten nach Deutschland zurückgeschickt werden.

Auf den bulgarischen Minister des Innern ist ein Bombenattentat verübt worden. Der Minister blieb unverletzt, auch sonst kam niemand zu Schaden. Der Täter ist entkommen.

\* Die französische Kammer hat Poincaré mit 512 gegen 76 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

Nach einer amtlichen Auslosung ist erst Mitte Januar eine Rückwirkung des neuen Getreide-Umlagepreises auf den Brotpreis zu erwarten.

Eine Versammlung der deutschpöhlischen Verbände hat die Gründung einer Deutschpöhlischen Arbeitspartei beschlossen. Die Partei steht unter der Führung der Abgeordneten v. Gröbe und Wulle. Ferner haben u. a. ihren Beitritt erklärt Graf Reventlow und ein Beauftragter des bayerischen Obersten Inländer.

Die Mark hat an der New Yorker Sonnabendbörse eine Aufbesserung erfahren, wie seit langem nicht. Der offizielle Schlusskurs stellte sich auf 0,0197 Cent für die Mark, was einer Parität von 5076,14 Mark für den Dollar entspricht.

Zu den mit \* bezeichneten Meldungen finden die Leser ausführliches an anderer Stelle.

## Die amerikanische Rettungsaktion.

Paris, 17. Dezember. Wie New York Herald aus Washington berichtet, hat das Staatsdepartement gestern entschieden in Abrede gestellt, daß die Absicht bestehe, eine internationale Bankierkonferenz einzuberufen. Der amerikanische Standpunkt läßt sich nach dem Blatt wie folgt zusammenfassen:

- 1) Amerika zieht unter gewissen Voraussetzungen eine tätige Anteilnahme der europäischen Politik in Betracht.
  - 2) Amerika ist bereit, eine Regelung vorzuschlagen. Die Bereitschaft hängt jedoch von der Zustimmung Frankreichs ab.
  - 3) Amerika ist der Ansicht, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit zahlen soll, verlangt aber, wenn Deutschland nicht zahlen kann, daß diese Last auf andere Länder verlagert werde.
  - 4) Amerika steht auf dem Standpunkt, daß eine Bedrohung Deutschlands mit Okkupation und wirtschaftlicher Erdrückung die Welt schädigt.
  - 5) Amerika ist bereit, einen umfangreichen Privatkredit im Interesse Deutschlands aufzubringen.
  - 6) Der Kredit ist zu garantieren mittels teilweise Aufhebung der ersten Hypothek, die die Alliierten auf Grund des Versailler Vertrages besitzen.
- Das Blatt fügt hinzu, die Regierung würde es als reinen Wahnsinn für die Vereinigten Staaten betrachten, wenn sie sich in die europäische Politik fürzten, ohne die Versicherung erhalten zu haben, daß die Alliierten, namentlich Frankreich, nachgeben. Inoffiziell werde in Washington die Bildung einer Kommission vorgeschlagen, bestehend beispielsweise aus alliierten und amerikanischen Sachverständigen, die die Bestimmung in Deutschland untersuchen und die deutsche Zahlungsfähigkeit abschätzen soll.

Wenn die Bemühungen der Vereinigten Staaten nunmehr in ein ernsthaftes Stadium eingetreten sind, so darf man sich über die ernstlichen Hindernisse und Schwierigkeiten demnach nicht täuschen. Namentlich in amerikanischen Bankierkreisen beurteilt man die Aussichten einer großen internationalen Anleihe von anderthalb Milliarden Dollar skeptisch. Ehe nicht eine vollständige Änderung in der Frage der Reparationen und der interalliierten Schuldendurchsicht ist, ehe nicht Frankreich entschieden abräufet und auf alle imperialistischen Wünsche grundsätzlich verzichtet, wird die amerikanische Geschäftswelt immer Vertrauen fassen. Die Unzufriedenheit mit der französischen Politik wächst täglich. Die Möglichkeit eines inneren Zusammenbruchs Deutschlands behält nicht mehr denn die öffentliche Meinung. Vor allem fürchtet man in Amerika, daß dem finanziellen Zusammenbruch ein politischer folgen werde, durch den die demokratische Bewegung...

form beseitigt und durch eine Diktatur irgendwelcher Art ersetzt werden würde. Diese Gefahr ist in der Tat nicht wegzuleugnen, und es ist erfreulich, daß man sich auch im Ausland nicht mehr darüber täuscht.

Außer mit Präsident Hughes hatte der deutsche Botschafter Biedfeld auch mit dem Staatssekretär Hughes eine ausführliche Unterredung. Der Botschafter in London, Harpen, wird in diesen Tagen seine Rückreise nach London antreten. Sonntag abend wird Botschafter Haughton in Berlin zurück erwartet.

Die Hoffnungen auf ein Gelingen der amerikanischen Pläne sollten jedoch nicht den Anlaß geben, die außerordentliche Gefahr zu verkennen, die auch heute noch der ordnungsgemäßen Durchführung jener Pläne drohen. Unter allen Umständen wird die Reichsregierung vor Forderungen gestellt werden, deren Annahme sehr schwer, wenn nicht unmöglich ist. Noch besteht Frankreich die Macht, jene „Politik der Pfänder“ durchzuführen, die Poincaré in seiner letzten Rede vom neuem entwickelt hat.

## Warum Amerika eingreift.

London, 16. Dezember. Die „Daily Mail“ schildert anscheinend durchaus richtig die Beweggründe, die die Vereinigten Staaten veranlassen, nunmehr der Lösung des Reparationsproblems näherzutreten. Dies seien erstens humanitäre Gründe, dann aber auch innerpolitische Rücksichten, die die Union dazu trieben, der Anleihe für Deutschland keine Schwierigkeiten zu machen. Besonders die Farmer beständen sich lebhaft darüber, daß sie nicht in der Lage seien, den Anstieg ihrer Getreideproduktion in Amerika abzuleiten, obwohl Deutschland allein 75 Millionen Bushels Weizen gebrauchen würde, die es unter den jetzigen Verhältnissen nicht bezahlen kann. Würde aber Deutschland sich die Weizenmenge nicht verschaffen können, so würde eine fürchterliche Hungersnot entstehen. In diesem Fall würde die amerikanische Hilfe angerufen werden, und diese müßte dann aufstehen bringen, was eine rechtzeitig gewährte Anleihe hätte vermeiden können. Außerdem aber soll Deutschland für größere Beträge, besonders Baumwolle, in den Vereinigten Staaten ankaufen können.

## Vertagung der Pariser Konferenz?

Paris, 18. Dezember. (B. I. B.) Der Londoner Korrespondent des „Zeit Journal“ meldet seinem Blatte, in gewissen Kreisen neige man zu der Annahme, daß die Pariser Konferenz, die für den 2. Januar vorgesehen ist, stark Gefahr laufe, auf später verschoben zu werden. Im Zusammenhang mit der Reise des englischen Schatzkanzlers nach Washington erklärte man andererseits, daß die Premierminister, wenn sie am 2. Januar zusammentreten, unmittelbar darauf wieder auseinandergehen werden und die Lösung der Reparationsfrage, deren tatsächlicher Bestand noch so konfus sei und zu dem noch so viel Unvorhergesehenes hinzukommen könne, den Sachverständigen überlassen würde.

## Poincarés „Pfandrechte“.

Die große Verteidigungsrede Poincarés in der Kammer hat Überraschungen nicht gebracht. Wie er schon vorher angekündigt hatte, legte er sich in der Behandlung der außerpolitischen Frage „Distraction“ auf, das heißt, er ging um die entscheidenden Punkte herum und sprach nur das aus, von dem er wußte, daß es die allgemeine Meinung der Kammer sei. Nach einigen beruhigenden Worten über die Konferenz von Lausanne stellt Poincaré der Londoner Besprechung das Zeugnis aus, daß sie in einer „wohlthuend gefundenen Atmosphäre“ stattgefunden habe. Die Alliierten habe allen Teilnehmern höher gestanden, als vorübergehende Meinungsverschiedenheiten. Die Anklagen Lloyd Georges fanden bei seiner eigenen Regierung weder Glauben, noch Unterstützung (?). Über die Vorschläge des Reichskanzlers urteilte Poincaré selbstverständlich abfällig. Aus der Einschränkung, daß die Sachleistungen für die nächsten Jahre nur aus den Einnahmen des deutschen Haushaltes und durch innere Anleihen bestritten werden sollen, zog Poincaré den Schluß, er soll nichts erhalten. Frankreich habe 100 Milliarden vorgeschossen, ohne etwas von Deutschland zu erhalten. Die gewaltigen Milliardenleistungen seit dem Waffenstillstandsvertrage sind Poincaré und seiner Kammermehrheit recht. Beachtenswert waren keine Ausführungen über das **Recht der Reparationsforderungen** vor den Kriegsschulden. Poincaré behauptet, daß Frankreich nach Buchstaben und Sinn des Vertrages nicht verpflichtet sei, seine Kriegsschulden zu bezahlen, ehe nicht die entsprechenden Reparationsschulden von Deutschland beglichen seien. Diese Theorie fand lebhaften Beifall im ganzen Hause. Man wird in England nicht verstehen, wie Poincaré dabei gebührend selbstgenügsam. Kriegsschulden sind natürlich nicht gleichbedeutend mit Kriegsschuldigung.

Die Verquickung dieser beiden Begriffe macht einem Poincaré Ehre, nicht minder der Versuch, die völlig wertlosen sogenannten C-Bonds Londoner Ultimatums als Zahlungsmittel zur Begleichung der französischen Kriegsschulden zu verwenden. Die Welt weiß, daß dieser Teil des Londoner Ultimatums eine reine Fiktion ist.

Eine äußere Anleihe für Deutschland hält Poincaré erst für möglich, wenn die Mark stabilisiert ist, wozu bekanntlich die Anleihe gerade dienen soll. Er verlangt kurzerhand die Stabilisierung durch eigene Anstrengungen Deutschlands. Dabei traut er Deutschland nicht einmal die Fähigkeit zu u. verlangt daher eine wirksame Kontrolle. „Wenn Deutschland ein Moratorium verlangt, wird die französische Regierung antworten, daß sie Pfänder haben muß“. Das Recht auf diese Pfänder sei unbestreitbar. Es handele sich nicht um militärische Expeditionen und um Sanktionen, die den Charakter einer Bestrafung haben. Frankreich will den deutschen Reichtum da erfassen, wo er zu finden ist. Das klingt, als wenn sich Frankreich auch an dem deutschen Privatbesitz vergreifen will. Poincaré führt selbst den Artikel 284 des Friedensvertrages an, aus dem freilich einwandfrei hervorgeht, daß ausschließlich das Staatseigentum des Reiches und der Einzelstaaten, nicht aber irgendwelcher Privatbesitz für die Reparationsforderungen haften. Überdies ist festzustellen, daß von einem „Moratorium“ nicht die Rede sein kann, wenn Frankreich aus beschlagnahmten deutschen Einnahmequellen fortlaufend seine Ansprüche bedient.

Auch in diesem Kernpunkt seiner Rede, der von den Pfändern handelt, brückt Poincaré den Wunsch nach einer Gemeinsamkeit mit den Verbündeten aus. Wenn die Bemühungen auch nicht zu verkennen sind, mit den eigentlichen Absichten hinter dem Berge zu halten, so geht doch aus der Rede hervor, daß Frankreich Ingenieure und Vollbeamte installieren will, hervor, welcher Art diese „Pfänder“ sein werden. Man darf Poincaré gern glauben, daß er die Entente cordiale und die Freundschaft mit Amerika nicht opfern will unter der stillschweigenden Voraussetzung natürlich, daß die Freunde seiner Politik keine Schwierigkeiten machen. Am Schluß der Rede stellte Poincaré den Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen, was spät abends mit der großen Stimmenmehrheit von 512 gegen 76 Stimmen auch tatsächlich geschah.

In der Debatte kamen Daudet, Lardieu und Kerguelan zum Worte, die sämtlich die Politik Poincarés scharf kritisierten. Kerguelan sprach jedoch nur über die innere Politik. Lardieu verteidigte Clemenceau, dessen Reise in Amerika ein Erfolg gewesen sei! Er schlug die Erhebung von Abgaben in den Ruhrhöfen als erste Maßnahmen vor. Die fiskalischen Garantien wären zuerst in den besetzten Gebieten am Platze, die mehr als sieben Millionen Deutsche zählten. Spät in der Nacht sprach noch der bekannte Abgeordnete Herriot.

Das Vertrauensvotum für Poincaré ist nicht als eine trübsellose Anerkennung seiner Politik aufzufassen, sondern als eine Art von Atempause bis zur Beendigung der Pariser Besprechung vom 2. Januar. Die Kammer hielt es für unangemessen, vorher einen Ministerwechsel vorzunehmen.

## Der polnische Staatspräsident Narutowicz ermordet.

Warschau, 17. Dezember. Sonnabend mittag wurde während der feierlichen Eröffnung der alljährlichen Kunstausstellung ein Anschlag auf den neuen Staatspräsidenten Gabriel Narutowicz verübt, indem drei Schüsse auf ihn abgegeben wurden. Staatspräsident Narutowicz ist tot. Der Mörder ist ein Kunstmalier namens Eljasz Nowolabinski. Nowolabinski wurde verhaftet.

## Verhör des Mörders.

Warschau, 17. Dezember. (B. I. B.) Der Mörder des Präsidenten Narutowicz hat im Verhör erklärt, daß er aus eigener Initiative gehandelt habe, und bestreitet, irgendwelche Helfershelfer gehabt zu haben. Heute wird die Untersuchung abgeschlossen. Der Mörder wird unverzüglich vor ein Standgericht gestellt werden.

Narutowicz wurde am 9. Dezember als Nachfolger Pilsudskis mit 289 Stimmen der Linken und Mittelrechten gegen 227 Stimmen der Rechten zum Staatspräsidenten der Republik Polen gewählt. Seine Wahl rief in den nationalen Kreisen Polens helle Empörung hervor. General Haller rief die Bevölkerung Warschaws zum heftigen Kampf gegen Narutowicz auf und wies auf das Recht der Bevölkerung zum Waffengebrauch und zur Selbsthilfe hin. Am Montag und Dienstag kam es zu blutigen Straßen Demonstrationen, um Narutowicz zur Abdankung zu zwingen. Wiederholt fanden Schießereien statt, Verhaftungen wurden erteilt, der Straßenverkehr ruhte vollständig. Die erste Tat der neuen Regierung war die Beschließung des populären nationalen